Ladenöffnungszeiten



Harmonisierte LaDENÖFFNUNGSZEITEN

KOMMISSION DES NATIONALRATS SETZT ZEICHEN GEGEN DIE MENSCHEN

Medienmitteilung der KAB Schweiz.

Die KAB Schweiz (Kath. ArbeitnehmerInnen-Bewegung) nimmt mit Befremden vom Entscheid der WAK NR zur Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten Kenntnis. Der Entscheid führt für viele bereits jetzt stark belastete Menschen im Verkaufssektor zu noch härteren Bedingungen. Die WAK orientiert sich an einem kurzfristig orientierten Konsumdenken, stellt Markt und Wettbewerb über den Menschen und ignoriert das Subsidiaritätsprinzip. Der WAK-Beschluss steht damit fundamental jenen Forderungen entgegen, die Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Laudato si“ eben erst einforderte.

Eine Vereinheitlichung der Ladenöffnungszeiten in der Schweiz - wie sie nun erneut die WAK-N fordert - bringt Nachteile für viele Frauen und Männer im Verkaufssektor und im Detailhandel. Es ist absehbar, dass sie mit längeren Arbeits- und Präsenzzeiten konfrontiert sein werden ohne dafür angemessen entschädigt zu werden. „Dies widerspricht im Grundsatz der zentralen Forderung der Katholischen Soziallehre, dass die Wirtschaft für den Menschen da sein muss und nicht umgekehrt!“ kommentiert Thomas Wallimann-Sasaki, der Leiter des Sozialinstituts der KAB Schweiz diesen WAK-Beschluss.

Auch das Subsidiaritätsprinzip - ebenfalls herausgewachsen aus der Katholischen Soziallehre - wird verletzt, denn die Kantone haben sich mehrfach gegen diese Vereinheitlichung ausgesprochen und so soll ihnen nicht etwas weggenommen werden, was sie selber erledigen können.

Schliesslich - so Thomas Wallimann-Sasaki weiter, „unterwirft sich die WAK-N genau jenem Denken, das Papst Franziskus in seiner jüngsten Enzyklika scharf kritisierte und als einer der Gründe für die weltweite Krise des Sozialen und der Umwelt nannte: die Unterwerfung unter das Diktat des Marktes ohne Rücksicht auf die Menschen!“

KAB Schweiz mit dem Sozialinstitut sind über den Entscheid der WAK-N befremdet. Die Leidtragenden sind hier nicht nur Frauen und Männer in der Detailhandels- und Verkaufsbranche sondern auch das politische System, weil lokale und kantonale Handlungsfreiheiten unnötig und zum Schaden vieler Menschen übergangen werden.